

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich
1.50 M. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonelszeile für Arbeitsgesuche 75 Pf. Geschäfts-
und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metall-
arbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion:
Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die
Geschäftsstelle zu richten

An die deutschen Arbeiter, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten!

Die Organisationen der deutschen Sozialdemokratie und ihre Presse haben in letzter Zeit Kundgebungen veranstaltet, in denen in der Hauptsache die deutschen Arbeiter im Falle einer kriegerischen Verwicklung unseres Vaterlandes zum politischen Massenstreik aufgefordert wurden. Infolge dieser Kundgebungen hat sich in den Werkstätten und Fabriken eine lebhafte Propaganda seitens sozialdemokratischer Arbeiter für den Massenstreik entfaltet, wie lebhafte Entrüstungsschreiben aus den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiter an die Zentralleitung erweisen. Der unterzeichnete Ausschuss sieht sich deshalb veranlaßt, die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und alle unsere Freunde aufzufordern, diesem unverantwortlichen, das Menschen der deutschen Arbeiterschaft schädigenden Treiben mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Wir betrachten den Versuch, eine so kritische Lage, wie diejenige, in der sich das deutsche Volk augenblicklich befindet, auszunutzen, um eine soziale Revolution vorzubereiten, als einen Verrat an Volk und Vaterland. Wir schätzen die Segnungen des Friedens, der uns seit 40 Jahren beschieden ist, und wünschen die Aufrechterhaltung dieses Friedens. Umso mehr legt allen deutschen Volksgenossen die gegenwärtige kritische Lage die Pflicht auf, die deutsche Nation einig und geschlossen zu erhalten in dem Bestreben, unsere Wohlwirtschaft weiter zu entwickeln und dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu sichern, sowie die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches zu wahren. Das Gebaren der Sozialdemokratie ist leider nur zu sehr geeignet, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als würde im Falle einer kriegerischen Verwicklung in Deutschland die soziale Revolution ausbrechen und die Widerstandskraft unserer Nation geschwächt sein. Es ist zudem im höchsten Maße eine Gefahr, daß Friedens und ein indirekter Anreiz für das Ausland, die friedliche Entwicklung Deutschlands und seiner Wohlwirtschaft gewaltsam zu hindern, nicht zuletzt zum schwersten Schaden der deutschen arbeitenden Stände.

Wir erheben gegen dieses vaterlandsfeindliche und arbeiterschädigende Treiben der Sozialdemokratie energischen Protest. Wir fordern zugleich alle christlich und national gesinnten Arbeiter und Angestellten auf, der Propagierung des politischen Massenstreiks mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der unterzeichnete Ausschuss erklärt namens der 1 1/4 Millionen Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen, daß die christlich-nationalen Arbeiter, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten solidarisch mit allen übrigen Volksgenossen das Unsehen und die Ehre unseres Vaterlandes in der Stunde der Gefahr verteidigen werden.

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses.

S. Behrens, Vorsitzender,

A. Stegerwald, Schriftführer,

Bechly, Schatzmeister.

Gegen das volksverräterische und arbeiterschädigende Treiben der Sozialdemokratie

wendet sich die Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses an die christlich-nationalen Arbeiterschaft, die wir an der Spitze unserer heutigen Nummer zum Ablauf bringen. Diese Kundgebung hat eingeschlagen. Die gesamte christlich-nationalen Arbeiterschaft, entzweit über das gewissenlose Spiel wahnwitziger Demagogogen mit den Interessen unserer Volksgemeinschaft, begibt diese Kundgebung als ein ernstes Wort zur rechten Zeit. „Eingeschlagen“ hat diese Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses aber auch im Lager der Sozialdemokratie. Das beweist schon recht drastisch der „Vorwärts“, der sie in seiner Nr. vom 6. September unter der bezeichnenden Stichmarke „Schwefelbombe!“ wiedergibt. Einleitend schimpft er schon wie ein geüngelter Galgenjunge über „die clerikalen und antisemitischen Gauleiter“ und sucht seinen Lesern plausible zu machen, daß diese nur aus bläser Furcht vor den armen, abgetriebenen roten Agitatorsgäulen „Lebensmittelwucher“ und „Steueraub“ das Marodeabenteuer für die Reichstagswahlen ausnützen wollen. Höllisch unangenehm ist es ihm auch, daß in der Kundgebung von den 1 1/4 Millionen Mitgliedern der dem Ausschuss angeschlossenen Organisationen die Rede ist und deshalb versichert er seinen Gläubigen, daß „die natürlich nur auf dem Papier stehen“. Die letztere Bemerkung ist bei Licht befreien nur ein schlagender Beweis dafür, wie unangenehm dem „Vorwärts“ und seinen Hintermännern die Erinnerung an die Tatsache des ständigen Unwachsns der Organisationen der christlich und national gesinnten Arbeiterschaft ist. Denn daß beispielweise die 350 000 christlichen Gewerkschafter „nur auf dem Papier stehen“, wird er auch dem harmlosen seiner Leser nicht glauben machen können. Was aber hier von den christlich en Gewerkschaften gilt, gilt auch für den Deutschen Nationalen Handlungsgesellenverband und es gilt ebenso für die Hunderttausende in den Verbänden der katholischen und evangelischen Arbeitervereine etc. Mag der „Vorwärts“ darum immerhin den Kopf in den Sand stecken, für die Existenz dieser 1 1/4 Million ist das ohne Belang.

Als eine geradezu unversorene Leistung an Heuchelei aber muß man es bezeichnen, wenn der „Vorwärts“ bei dieser Gelegenheit schreibt: „Was war bisher von Diskussionen über den Massenstreik in den Fabriken nichts bekannt“. Und so etwas wagt ausgerechnet das Hauptorgan derjenigen Partei, die zurück durch eine geradezu wahninnde Propaganda für den Massenstreik im Falle der Kriegsfälle die Lebensinteressen unseres Vaterlandes und seiner Wohlwirtschaft in der unverantwortlichsten Weise gefährdet.

Deutschland mit seinen 65 1/2 Millionen Einwohnern muß mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von fast 1 Million rechnen. Für diesen Zuwachs heißt es nun entweder im Lande selbst Arbeit und Brot zu beschaffen — oder ihm aus Ausland zu beweisen. Dem deutschen Reiche ist es bisher gelungen, die erstete Aufgabe zu lösen und jeder Einsichtige kann das nur begrüßen. Die Lösung war aber nur möglich durch die Schaffung einer großen leistungsfähigen Industrie und diese bedarf zu ihrem Bestande wiederum des Weltmarktes als Absatzgebiet und als Bezugsquelle ihrer Rohstoffe. Deutschland kann deshalb nicht ruhig zusehen, wenn fremde Mächte ein großes, zukunftsreiches Marktgebiet entgegen bestehenden Verträgen einfach wegnnehmen und dem deutschen Handel verholzen wollen. Nicht zuletzt gerade unsere Industriearbeiterkraft hat in einem solchen Falle alle Ursache, gekloppt

und einhellig hinter der die deutschen Wirtschaftsinteressen wahren Regierung zu stehen; Arbeiter- und Volksverrat ist derjenige, der ihr in solch kritischer Situation in den Rücken fällt, wie es die Sozialdemokratie bei der Marocco angelegenheit getan.

Da stellt sich die Sozialdemokratie hin, um dem Ausland zu verkünden: Deutschland ist schlapp, plumbiert es nur gehörig aus; denn es darf es unter keinen Umständen zum Kriege kommen lassen, weil wir, die deutsche Sozialdemokratie, im Kriegsfalle die soziale Revolution eröffnen. Da stellt sich am 20. August in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Groß-Berlin ein Redakteur Däumig hin und erklärt vor aller Welt unter Hinweis auf die Verhandlungen in der Maroccoangelegenheit:

„Die Sozialdemokratie will keinen Krieg und werde alles tun, um einen Krieg wegen Marocco in Europa zu vereiteln. Sollte es zum Kriege kommen, so werde es die Sozialdemokratie nicht bei Worten bewenden lassen, sondern zu Taten zu begehen. Die Arbeiter müssen auf den politischen Massenstreik vorbereitet werden. Denn eine Mobilisierung entscheidet über Sein oder Nichtsein der Sozialdemokratie. Jedes Mitglied müsse sich der Verantwortung bewußt sein und wissen, was es zu tun habe, denn bei einer plötzlichen Mobilisierung könnten die Abwehrmittel nicht erst auf dem Instanzenwege beschlossen werden. Ein mündlicher Protest, wie ihn die Sozialdemokratie 1870 eingelegt habe, wäre heute eine Feigheit und ein politischer Selbstmord. Friedlich würde sich ein Massenstreik kaum abspielen, unter Umständen müßten auch Kampfmittel der alten bürgerlichen Revolution angewendet werden unter Anpassung an die moderne Taktik und Strategie. (1) Die Angst vor dem Proletariat zwinge die Regierung zu einer Vabanquopolitik. Werde es aber ernst, so wolle die Sozialdemokratie auch dafür sorgen, daß dieser Versuch auch der letzte sei, und daß niemals mehr innerhalb der Kulturrektionen die Waffen gegeneinander erhoben werden könnten. Die Organisierten müßten zu diesem Zweck zu wirklichen Kämpfern erzogen werden.“

Dieses Kraft-Delirium des Genossen Däumig überzeugt sich auf die ganze Versammlung, denn die Genossen nahmen eine diesen Ausführungen entsprechende Resolution an. Und ist es nicht dieselbe Geist wahnwitziger revolutionärer Phraselogie, wenn sich beispielweise das sozialdemokratische Organ für die „Interessen“ der Eisenbahner, der „Betrüf“, zu folgender Sprache versteigt:

„Der Kradavergeborsam, der Untertanenterstand, die Steuerpflichten, das Maulhalsten, es ist preußisch! Wir merken es viel zu wenig, sind viel zu sehr an den preußischen Krieg gewöhnt — wir meinen Krieg in jeder preußischen Möglichkeit — aber da draußen, außerhalb der schwärzweißen Grenzfähle, da fühlt man den preußischen Geist besser als wir. Es sei mir daran erinnert, daß vor einiger Zeit ein albanesischer Soldat, der in türkischen Diensten stand und von einem Offizier (gemeint ist Freiherr von Schlichting) preußisch behandelt worden war, nämlich handgreiflich, sich nicht anders von dieser Schmach zu reinigen wußte, als daß er ihm albanisch kam, er erschoß ihn. Wie viele Vorgesetzte gäbe es noch in preußischen Staatsdiensten, wenn jeder Untergebene so viel Ehrgefühl hätte, wie dieser albanische Soldat.“

Ihrbrigens leistete sich vor noch nicht allzulanger Zeit auch der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht in einer Versammlung in Kurlsruhe ähnliche Dinge und die Leipzig

Wochenzitung“ gräßt den Massenarbeitseinstellungsbeschluß des Jenauer Parteitages von 1905 aus. Eine Massenarbeitseinstellung ist nun aber in Deutschland nicht möglich ohne eine Kündigung der sogenannten „reinen“ Gewerkschaften, tragen doch sie im sozialdemokratischen Lager nominell die Verantwortung über Krieg und Frieden im gewerblichen Leben. Das sie aber auch bemüht sind, sich willig dem sozialdemokratischen Parteinteresse unterzuordnen, haben sie ja erst längst wieder durch die gehorsame Zurückziehung der Erklärung zum Berliner Buchdruckerstreit bewiesen. Und derselbe „Vorwärts“, dem „bisher von Diskussionen über den Massenstreik in den Fabriken nichts bekannt“ sein will, wußte noch am 17. August zu berichten:

„So gewaltig sich die gewerkschaftlichen Organisationen entwickelt haben: einhellig gelangte man doch in der Gewerkschaftswelt zu der Überzeugung, daß eine gedeihliche Entwicklung der Arbeiterbewegung und ein wilscher Fortschritt des proletarischen Emancipationskampfes nur in einem einträchtigen Zusammenarbeiten mit der politischen Bewegung möglich sei.“

Nach dem Gesagten hat also die deutsche Arbeiterschaft Veranlassung genug, sich mit der Gefahr der sozialdemokratischen Bewegung für das Gedeihen der deutschen Wohlwirtschaft und der Erhaltung des nationalen Staates zu beschäftigen. Jeden einsichtigen Arbeiter kann es nur mit Erfüllung erfüllen, wenn eine sogenannte Arbeiterpartei durch die wahrhafte Tohung mit dem politischen Massenstreik den ganzen Arbeiterstand schwer schädigt und dem Schafmachturk in die Hände arbeitet. Mit dem heuchlerischen sozialdemokratischen Geschrei über „Panzerplattenpatrioten“ und „Kriegsgeher“ ist der deutsche Arbeiterschaft, zumal im gegenwärtigen Moment, nicht gebient. Gerade in diesem Punkte hätten die Sozialdemokraten und ihre Gewerkschaften allen Grund zum Schweigen, denn ihr Verhalten in der gegenwärtigen Situation ist vollständiger Hochverrat am deutschen Volke und seinen wirtschaftlichen Interessen.

Einhellig stellen sich deshalb die christlichen Gewerkschaften hinter die Protestkundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses. Sie verurteilen ganz entschieden die Provokation von Arbeitskämpfen im Interesse der umstürzlerischen und vaterlandsfeindlichen Ziele der Sozialdemokratie. Treu und unentwegt werden sie fest halten an ihrer Aufgabe, die heimische Wohlwirtschaft zu fördern und im Rahmen des allgemeinen Wohlwohlstandes das höchstmögliche Maß an Kulturgütern für den Arbeitersstand zu erringen. Grundsätzlich lehnen die christlich-nationalen Arbeiter den politischen Massenstreik ab — weil ein wilscher Wohlwohlstand nur unter dem Schutz staatlicher Ordnung gebeinen kann.

Christliche Arbeiterschaft und nationales Wohlinteresse.

Die Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses gegen das sozialdemokratische Spiel mit dem politischen Massenstreik in der gegenwärtigen ersten Situation hat ins Schwarze getroffen. Sowohl im In- wie im Ausland ist der Kundgebung die größte Beachtung zuteil geworden, wie die ausgedehnten Presseberichte beweisen. In allen national gesinnten reichsdeutschen Kreisen ist der Aufruhr freudig begrüßt worden, während er bei der Sozialdemokratie — was voranzusehen war — Wut und Schreitläufe ausgelöst hat. Mit den Wutausbrüchen des „Vorwärts“ haben wir uns schon bejaht. Die übrige sozialdemokratische Presse feiert und schmückt ebenfalls in einer nicht mehr zu überbietenden

Vonart. Die Essener „Arb.-Blg.“ (Nr. 209/1911) überschreibt ihren Schimpftitel „Absehung vom Hunger“ und wirft den christlichen Arbeitern „Selbstbeschämung“, „volksbetätigende Christenpolitik“ und „Aufpeitschung niedriger Instinkte“ vor. Die „Rheinische Zeitung“ in Köln (Nr. 207/1911) höhnt über „Brave Kinder“ und die „lächerliche Person eines gewerkschaftlich-christlichen Zentrumslehrers oder eines manabstößenden Studierjünglings“. In einem Leitartikel ihrer folgenden Nummer zieht sie alle Register ihres Schimpf- und Schmählexikons: „Schurkisches Handwerk“, „niedrige Liebesbeziehungen“, „schmierige Denunziationssucht“, „gehorsame Knechte und blinde Mamelucken“ ist in dem Butterzuh des Kölner Sozialistensblattes u. a. zu lesen. Die „Münchener Post“ (Nr. 209/11) widmet der Abgelegenheit ebenfalls einen Leitartikel, betitelt: „Die gelben Christen“, der an Konfusion das beispielhaft unmöglichste leistet. Es wird der Papst und ein angebliches Streitverbot von ihm, die „Kölner Richtung“, eine Eingabe gelber Arbeitervereine u. mit dem Aufruf in Verbindung gebracht. Schwarz auf weiß steht da: „Die Kundgebung ist die leichte Folgerung aus dem politischen Bindnis des Zentrums mit den konservativen, die „gewerkschaftliche“ Umgründung des schwablaufenen Blocks“. Solche überhebliche Tollheiten leistet sich das führende Organ der bayerischen Sozialdemokratie.

Die christlich-nationalen Arbeiterschaft hat für dieses Wütgeheul nur ein Lächeln, bestenfalls eine verächtliche Handbewegung übrig. Die Sozialdemokratie hat es ja glücklich so weit gebracht, daß sie im Laufe selbst mit „Kundgebungen“ nicht mehr ernst genommen wird. Sie treibt ihre Anhänger von einer Partei in die andere, ein Rummel löst den anderen ab, sodass ihre eigenen Massen sich nur mehr an „Protest“-aktionen beteiligen, um eben dabei gewesen zu sein. „Die Hauptache ist, daß es keine sind“ hatte ein Genosse bei einer Berlin-Treptower Demonstration auf die Konstatierung geantwortet, daß die meisten „Demonstranten“ sich die Nieren überhaupt gar nicht anhörten. Was den friedensgesetzlichen „Friedens“-kundgebungen der Sozialdemokratie (so nannte sie mit Recht ein bürgerliches Blatt) einen ersten Charakter gibt, ist ihre Wirkung auf das Ausland. Durch das Gebaren der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Presse ist den Gegnern Deutschlands zweifelsohne bei Norden gefesselt worden, eine Wirkung, die in der gegenwärtigen kritischen Situation nicht anders als wie ein Verrat am Vaterland bezeichnet werden kann. Das ist der sozialdemokratischen Phrasenreichen selbst in außerdeutschen Zeitungen, so z. B. in der Wiener „Reichspost“ bezeugt worden, wo die deutschen Sozialdemokraten gehörig zur Ordnung gerufen wurden.

Die sozialdemokratischen Treiberien schließen aber auch eine schwere Gefahr für die Aufwärtsbestrebungen des Arbeitertandes in sich, weil sie dem Scharfmachertum die wissamen Waffen liefern. „Seht diese staatsfeindliche, vaterländerverrätherische Gesellschaft, und der sollen wir weitere Rechte eintäumen, die sollen als gleichberechtigter Standpunkt anerkannt und ins Volksganze eingegliedert werden!“ so rufen die Scharfmacher der Regierung und den gesetzgebenden Faktoren zu, wobei ohne weiteres auf den ganzen Arbeitertand verallgemeinert wird. Das jetzige Verhalten der Sozialdemokratie werden die Scharfmacher noch ungezählte Male gegen die berechtigten Arbeitserfordernisse offen und in geschlossenen Frontenfeldern auszuspielen wissen. Und um dem vorzubeugen, um aber insbesondere nicht den Eindruck im Innern und Ausland aufkommen zu lassen, als ob die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter der Sozialdemokratie stände — was vorlechter immer so darzustellen versucht wird — deshalb war die Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiter nicht nur im nationalen, vaterländischen, sondern auch im ureigensten Interesse der organisierten Arbeiterschaft begründet.

Die sozialdemokratischen Blätter und ihre roja-toten Hessenhasser versuchen jetzt die Wirkung der Kundgebung mit der Aussrede abzuschwächen, daß es sich nur um eine Verlautbarung von „drei Männerlein“ (Vorwärts Nr. 209) oder um richtige „Ausstecherarbeit“ (Berliner Volkszeitung) handle, hinter der keine Massen, erst recht keine 1/4 Million Arbeiter und Bedienstete ständen. Das ist ein Verlegenheitsbluff, wie er dumm und auch unvorsichtiger nicht gebaut werden kann. Wert der Vorwärts kann nicht, daß er hier der eigenen Partei eine Grube gräbt! Daß man zukünftige Kundgebungen des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände und der Generalkommission mit „Ausstecherarbeit“ abtun kann? Guteit reicht der Spiritus sozialdemokratischer Rebaktionen ancheinend nicht.

In den sozialdemokratischen Schimpftiteln wird mit großer Entzündung in Abrede gestellt, daß bei den sozialdemokratischen Demonstrationen für einen eventuellen Klassenkampf Stimmung gemacht worden sei. Diese zeigen Abglehnungsversuche kennzeichnen die sozialdemokratische Gefürmungslösigkeit. Sind nicht die aufreizenden Reden des nachher jährlings verdüsteten Franzosen Gretot und des Vorwärtsredakteurs Läunig in Berliner Versammlungen mit tosendem Beifall aufgenommen worden, ohne daß nachher diese Generalstreikpropaganda von den verantwortlichen Justizanstalten — Generalkommission und Parteibüro — besatzt oder gar zurückgewiesen worden wäre. Und es bleibt Satzfrage, daß diese Hetzeren und der Ton, auf den die Schreibweise der sozialdemokratischen Presse seit Wochen schon gestimmt ist, zu Erörterungen des Generalstreiks auf den Arbeitsplätzen gejährt. Das seige Thleugnen, womit die Sozialdemokratie es fest versuchen möchte, muß somit seine Wirkung verschaffen.

Wie bei allen Gelegenheiten, so kann die Sozialdemokratie auch diesmal wieder einige bürgerlichen Blätter als Zeile führen. Sie dringt mit schmunzelndem Behagen Auseinandis des Berliner Tageblattes und der Berliner Volkszeitung ab, die über die Kundgebung der christlichen Arbeiter den Stab brechen. Das wird die christlich-nationalen Arbeiterschaft ebenso füllt lassen, wie die Entladungen der roten Presse Berliner Tageblatt wie Volkszeitung gehören eigentlich schon lange nicht mehr zur bürgerlichen Tagespresse, erst recht nicht zur nationalen. Sie trocken schon seit längerer Zeit in 80 Prozent aller Fragen geistreich der Sozialdemokratie nach, in etwa 10 Prozent eilen sie dieser, um von ihr nicht überholt zu werden, vorwärts, während sie lediglich in den restigen 10 Prozent der Fragen des öffentlichen Lebens noch eine eigene Meinung haben.

Eine in Berlin erscheinende neue Monatschrift, der „Aktionsalmanach“, weist gegenüber einer Neuauflage der „Germania“ darauf hin, daß Bandesvertret bei Blättern vom Schlag des Berliner Tageblattes ausgeschlossen sei. Warum?

„Das Berliner Tageblatt ist doch gar kein deutsches, sondern ein jüdisches Blatt. Es kann wohl die Sache des Juden-

staates, aber nie die Sache des Deutschen vertragen, weil es

zu den Deutschen in seinem anderen Verhältnis steht, als irgend ein englisches oder russisches Blatt.“

Kein Wunder, wenn solche Organe der Sozialdemokratie

als Vorbildsgenossen ersehen und vor dieser dann ihrem

gläubigen Publikum als politische „Strategen“ vorgeführt wer-

den. Bei der Beurteilung der Stellung Deutschlands im

Staat der Völker sind Vorwärts und Berliner Tageblatt ein-

ander widerig. Die sozialdemokratische Presse mag leugnen,

Schimpfen und poltern, was das Zeug hält, sie kann den

Schandfleck nicht von der Sozialdemokratie abwaschen, ber-

darin besteht, daß sie in den letzten Wochen zugleich eine

vaterländischere und arbeiterverrätherische Haltung gegen

die Interessen des deutschen Volkes eingenommen hat.

Der deutsche Außenhandel beträgt jährlich rund 17 Milliarden M.

der im Interesse von Deutschlands Wohlvertheilung (jährlich nur 900 000 Köpfe) weiter entwickelt werden muß. Das

bietet Komplikationen, es ist ebenso selbstverständlich, wie

so zwischen Arbeitgeber und Arbeiter — selbst im Tarif-

verhältnis — nicht gänzlich zu vereinbaren sind.

Wenn die Arbeiter alles ruhig einstecken, gibt es freilich zwischen ihnen

und den Arbeitgebern keine Streitigkeiten. In derselben Lage

befindet sich Deutschland gegenüber auswärtigen Staaten. Und

die Sozialdemokratie, die vorgibt, der Anwalt der deutschen

Arbeiterinteressen zu sein, bestärkt durch ihr Verhalten in

dieser kritischen Situation ausländische Machthaber in ihrer

Unnachgiebigkeit gegenüber wirtschaftlichen Bevölkerungen des

deutschen Volkes und ihres eigenen Vaterlandes. Die deutsche

Sozialdemokratie hat in der vorliegenden Streitfrage wieder

einen Arbeiterpolitis nach Dr. Eisenbart'schem Rezept be-

trieben.

Trotz ihrer neuesten Tat muß der nur auf Agitationssprüchen

gebrüllten, zu praktischer Arbeit aber stets hilflosen und un-

fähigen Sozialdemokratie im ganzen Lande entgegengehalten

werden.

Der auswärtige Handel in der Metallindustrie.

Die Abhängigkeit unserer deutschen Industrien vom Ausland besteht nicht nur in der Notwendigkeit des Brangs von Rohstoffen von dort, die im Innern nicht in genügender Menge vorhanden sind oder probatziert werden, sondern mindestens eben so sehr in der Notwendigkeit, Fertigfabrikate oder Halbfabrikate unseres Gewerbeslebens wieder auszuführen. Darauf ist auch die Metallindustrie angewiesen, denn ihre Produktionsfähigkeit ist schon längst so gewachsen, daß das Innland bei weitem nicht mehr all ihre Produkte aufnehmen kann. Diese Abhängigkeit vom Ausland ist kaum ungefährlicher als die erst genannte. Das Bestreben der einzelnen Länder geht dahin, sich selbst die Industrien zu beschaffen, die sie zur Bedarfsdeckung für nötig erachten, ja darüber hinaus noch, wenn möglich, auf dem Weltmarkt als Verkäufer aufzutreten. Das Mittel, eine Industrie im Lande herzorzutragen, haben wir hier schon erörtert — es ist der Schutz. In rascher Folge hat ein Land nach dem anderen sich dieses Mittels bedient, seine Grenzen mit einem Wall von Schutzsößen umgeben, der die Einfuhr fremder Erzeugnisse immer schwieriger gestaltet. Unsere Industrie ist dadurch gezwungen, immer neue Märkte zu suchen, was nicht immer gelingt. Das sicherste Mittel aber, sie unabhängig zu machen, ist, daß Inland selbst immer aufnahmefähiger zu gestalten, die materiellen Interessen der anderen Berufsstände so zu wahren, daß die Konkurrenzmöglichkeit und -fähigkeit erhöht wird. Es ist dies ein beachtenswerter Punkt zu einer Zeit, wo sich die Industrie im „Zentralverband“ und „Handelsbund“ bekämpft.

Den größten Ausfuhrwert von allen Waren überhaupt, die an der Ausfuhr beteiligt sind, besitzen die Maschinen. Erst seit dem Jahre 1907 haben sie sich diese Stellung errungen; vorher nahmen Baumwollen- und Wollwaren den Platz ein. Der Ausfuhrwert der Maschinen betrug im Jahre 1910 500,4 Mill. M. oder 6,7% der Gesamtausfuhr. Außerordentlich reich ist diese Summe erreicht worden. 1900 betrug sie erst 228,8 Mill. M., 1890 gar nur 67,5 Mill. M. Die Ausfuhr hat sich also in 20 Jahren mehr als zehnmal verfacht. Allein von 1909 auf 1910 hat sie sich um 90 Mill. vermehrt.

Diesen enormen Zahlen gegenüber ist die Einfuhr von nicht allzu großer Bedeutung, wenn auch sonst beträchtlich. Sie hatte 1910 einen Wert von 92 Mill. M. Auch diese Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren sehr vermehrt. 1900 war die Einfuhr allerdings höher — sie betrug 101,1 Mill. M. 1890 aber stellte sie sich nur auf 44,1 Mill. M. 1893 hat sie ihren niedrigsten Stand mit 27,2 Mill. M. erreicht.

Als Länder, die unsern Überschuss an Maschinen aufnehmen, kommen in erster Linie Russland, Österreich-Ungarn, Frankreich, die Schweiz, Italien und auch die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht. Den größten Ausfuhrwert der eingeführten Maschinen stellen die dar, die zur Bearbeitung von Metallen dienen. 1910 belief er sich bei einer Ausfuhr von 44.704 To. auf 69.991 Mill. M.; 1909 hatte er bei 36.510 To. nur 50.320 Mill. M. betragen. 1907 war die Ausfuhr allerdings größer als im letzten Jahr, sie betrug 45.265 To. im Wert von 65.733 Mill. M. Das wichtigste Exportland für diese Art von Maschinen ist Österreich-Ungarn. Es nahm 1910 allein 8551 To. im Wert von 11.415 Mill. M. auf; den zweiten Platz nimmt Italien ein mit einer Einfuhr von 6275 To. im Wert von 8.825 Mill. M.; an dritter Stelle kommt Frankreich, das 1910 6879 To. im Wert von 8.062 Mill. M. einführt.

Die Ausfuhr von Nähmaschinen, der zweitwichtigste Artikel der Maschinenausfuhr, betrug 1910 9259 To. im Wert von 23.438 Mill. M. Hierunter sind nur die Nähmaschinen für Handbetrieb, ohne Gestell, oder Teile von solchen beigegeben. In Nähmaschinen mit Gestell wurden 10.428 To. im Wert von 13.055 Mill. M. ausgeführt (1910). Als wichtigstes Einfuhrland kamen für die erzogenen Maschinen Frankreich, für die sogenannten Frankreich in Frage. Die Einfuhr von Nähmaschinen ohne Gestell und Teile betrug etwa ein Drittel des Wertes der Ausfuhr. Die Einfuhr der Nähmaschinen mit Gestell war ganz unbedeutend.

Es würde zu weit führen, wollte ich alle Arten der Maschinen, die an der Ausfuhr beteiligt sind, einzeln anführen. Nur die wichtigsten sollen in folgendem Übersichtsblatt

zurückgeführt werden. Im Jahre 1910 wurden ausgeführt: Müllereimaschinen 15.789 To. im Wert von 17.368 Mill. M., der Einfuhrwert war 440.000 M.; Buchdruckmaschinen 9853 To. im Wert von 16.844 Mill. M., der Einfuhrwert war 1.555 Mill. M.; Verbrennungsz. Motoren für Kraftfahrzeuge 1733 To. im Wert von 16.453 Mill. M., der Einfuhrwert war 475.000 M.; Andere Verbrennungsz. Motoren, Schaltern-Schaltern 17.368 Tonnen im Wert von 14.531 Mill. M., der Einfuhrwert war 741.000 M.; Maschinen für Herstellung von Salzern 11.023

Tonnen im Wert von 12.374 Mill. M., der Einfuhrwert war 540.000 M.; Maschinen und Geräte der Gudeindustrie 18.088 Tonnen im Wert von 10.163 Mill. M.

Nicht diesen ungemeinen Umfang wie der Maschinenhandel, hat der auswärtige Handel anderer Fabrikate der Metallindustrie genommen. Zu einem früheren Artikel haben wir die gewaltige Rohölproduktion, die unter Hochöfen

hervorbringen, betrachtet. 1908 betrug sie 12.644 Mill. To.

im Wert von 60.560 Mill. M. Diesen Betrag gegenüber ist allerdings die Ausfuhr nicht sehr beträchtlich.

Bevor wir diese betrachten, sei erwähnt, daß diese Tatsache den Stand unserer verarbeitenden Industrie nur ins günstigste Licht setzt

kann, denn sie nimmt den weitaus größten Teil des Roh-

produktes auf, verarbeitet es zu höherwertigen Produkten, die dann, wie z. B. die Maschinen, in so großen Mengen aus-

geführt werden. Der Vorteil eines solchen Verfahrens ist klar, denn es befähigt uns tausend und aber tausend von Menschen Arbeit und damit ihr Brot zu geben. Die Aus-

fuhr an Rohöl betrug im Jahre 1910 an Wert 45 Mill. M., d. s. 0,6% der Gesamtausfuhr; die ausgesetzte Tonnenzahl stellte sich auf 786.855. Das Jahr 1910 scheint ein für die Rohölseinfuhr sehr günstiges gewesen zu sein, denn noch

im Jahre 1900 hatte sie erst 129.409 To. im Wert von 10,2 Mill. M. betragen, 1890 116.922 To. im Wert von 7,7 Mill. M. Ich lasse es dahingestellt, ob die starke Erhöhung der Produktionsfähigkeit und damit die starke Abhängigkeit vom Export zu begründen ist. Nur das eine gebe ich zu bedenken: die gewaltigen Anlagekosten machen es unbedingt notwendig — sollen sie sich rentieren — daß die Anlagen ihrer ganzen Leistungsfähigkeit nach ausgenutzt werden. Beide Seiten flauen Geschäftsganges muß diese Tatsache die Aktijs beschleunigen, denn der Überproduktion und Preisdrucker sind dadurch Ihr und Ihr geöffnet. Daß das Jahr 1910 für die Rohölseinfuhr so günstig ausgesetzt ist, beruht in erster Linie auf der großen, außerordentlich rasch gewachsenen Aufnahmefähigkeit des belgischen Marktes.

1880 hat die Ausfuhr nach Belgien 92.418 To. im Wert von 7,6 Mill. M. betragen. Diese Zahlen sind dann schnell

gesunken und stellten sich 1890 auf 38.470 To. bzw. 1,9 Mill. M.ark. Der Aufschwung ging nun ziemlich langsam von statt, sodass sich die Ausfuhr 1900 erst auf 58.588 To. im Wert von 4,1 Mill. M. stellte, nachdem sie allerdings den seit 1881

höchsten Stand im Jahre 1899 mit 101.433 To. im Wert von 6,1 Mill. M. erreicht hatte. 1905 schneidet dann die Ausfuhrzahlen auf 254.717 To. im Wert von 13 Mill. M. hinauf, um

im nächsten Jahre (1906) auf 378.274 To. im Wert von 23,5 Mill. M. zu kommen. Nachdem der Ausfuhrwert 1907

wieder auf 12 Mill. M. gesunken war, steigerte er sich wieder bis zu 15 Mill. M. im Jahre 1909, um dann wieder ähnlich wie 1906 auf 15.183 To. im Wert von 26,5 Mill. M. zu steigen; es sind dies über 58% der Gesamtausfuhr.

Mit einer Einfuhr von nur 90.880 To. im Wert von 5,5 Mill. M. steht Frankreich an 2. Stelle, dann folgt Großbritannien, die Schweiz, Österreich-Ungarn u. s. f.

Die Einfuhr von Rohöl ist nicht groß, im Verhältnis

zur Produktion verschwindend klein. Sie betrug 1910 136.326 Tonnen im Wert von 9,5 Mill. M. und stammt hauptsächlich aus Großbritannien und Schweden.

Eine Ausfuhr, die dem Wert nach in demselben Verhältnis wie das Rohöl steht, haben Zappisen, Rohschienen,

Ingots; 1910 betrug sie 494.400 To. im Wert von 44,9 Mill. M.ark. Die Ausfuhr in diesem Artikel sah erst 1901 in großem Umfang ein mit 201.716 To. im Wert von 16,1 Mill. M. Dieser hatte in seiner Höchstzahl einmal 5,8 Mill. M. bet

Nach den Berichten der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen wäre eine Annahme des Beschäftigungsgrabs im Stand vom 1. August gegen den am 1. Juli vorhanden von 26 768 (5722 männl. und 21046 weibl.) Mitgliedern. Gerade diese Zahlen sind aber mit Vorsicht aufzunehmen, da die Zahl der Arbeiter, die von den bestehenden Krankenkassen erfasst werden, nur etwa zwei Fünftel sämtlicher deutscher Krankenversicherten beträgt. Sicherlich ist es möglich, daß gegen Ende Juli eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, die sich — wenn anhaltend — im Augustbericht zeigen wird. Die Arbeitslosigkeit hat im Juli auf keinen Fall Fortschritte gemacht, sie ist eher eine Steingut zurückgegangen.

„Vorsicht vor Raufenmädeln!“

Zu dem so überschriebenen Artikel in unserer Nr. 33 schreibt uns ein Kollege:

Mit großem Interesse habe ich die ersten Mahnungen über diesen Punkt in unserem Verbandsorgan gelesen. Die direkten Beträgerien in den sozialdemokratischen Verbänden, begangen mit Hilfe gefundener oder gestohlerter Mitgliedsbücher, legen allen Betriebsverwaltungen die Verpflichtung auf, streng zu kontrollieren, ob der Vorzeigende auch der rechtmäßige Besitzer des Buches ist. Hierzu ist nötig, daß alle Mitglieder gehalten werden, ihren Namen sofort beim Ausstellen des Buches auf die Titelseite niederzuschreiben. Wenn die Kassierer dann die Quittung unterschreift mit dem im Buche eingetragenen Namen vergleichen, so ist ein Betrug nicht so leicht möglich. Diejenigen aber, welche auf betrügerische Art die Güter ihrer organisierten Mitarbeiter stehlen, sollten ohne viel Federlesens der Polizei übergeben werden.

Gegen die ungetrennen und schwatzhaften Mitglieder, welche nach erhaltenener Unterstützung dem Verbande den Rücken lehnen, ist keine Zwangsmasregel möglich. Hier hilft nur moralische Aufklärung und Belehrung. Zur Nachprüfung der bringenden Mahnung nach mehr Vorsicht bei Auszahlung der Unterstützungen dienen auch die Angaben unseres letzten Geschäftsbuches.

Die Tabellen zeigen uns folgendes Bild: 1722 freiherrliche Mitglieder haben im Jahre 1908 zusammen 70 188 Mark Unterstützungen bezogen. 1909 waren es 1776 mit 84 226 Mark. Wenn man die Zahlen vom Jahre 1910 aus der Nr. 33 unseres Metallarbeiters hinzunimmt (1624 mit 81 203 Mark) so sind das gesamte Summen. In drei Jahren eine Summe von 235 617 Mark Unterstützungen allein an Aussgetretene.

Zeigt kann ich auch begreifen, warum die Hauptgeschäftsstelle immer auf strenge Kontrolle drängt. Es ist wahr, alle treuen Mitglieder haben ein Interesse an einer sehr scharfen Kontrolle. Wer seine Pflicht dem Verbande gegenüber erfüllt, soll bis auf den letzten Pfennig seine ihm zustehende Unterstützung haben. Gegen die Ansprüche aber, welche geltend gemacht werden unter Appellation an das gute Herz, soll man sehr vorsichtig sein.

Besonders bei Streiks und Lohnbewegungen melden sich immer eine Anzahl Neuentretende, die dann sofort Unterstützung haben möchten. Ist der Streik vorbei, so laufen viele wieder davon. Da heißt es, Vorsicht walten lassen. Ohne zwingende Gründe sollte an so hohe Deute überhaupt nichts bezahlt werden. Muß es aber im Interesse des Streiks geschehen, so ist es angebracht, eine Vereinbarung auszustellen zu lassen, wonoch der Neuling sich verpflichtet, die Summe wieder zurückzuzahlen, wenn er nicht mindestens 3 Jahre dem Verbande angehören wird. Wie Gewerkschaftler kämpfen und bringen Opfer für die Interessen unseres Standes und darum sollen die, welche glauben, im letzten Augenblick etwas mitzuhelfen zu können, auch Beiträge bezahlen für die Bewegung. Taten sie es nicht vorher, so sollen sie es für die erhaltenen Wohlstätten wenigstens nachher tun. Das sind sie ihren organisierten Mitarbeitern schuldig. Nur wer lässt, wird ernannte, so lautet ein altes Sprichwort. Darum mögen die angesichteten Zahlen unseres Mitgliedern draußen im Lande klar machen, wie froh wir sein können, wenn von der Zeitung unseres Verbandes aus bei Ansprüchen auf Unterstützung eine strenge Kontrolle geübt wird. Alle Mitglieder mögen bedenken, daß es unser eigenes Geld ist, was bewahrt wird. Darum wollen wir gern mithelfen, dafür zu sorgen, daß im nächsten Jahre die Summe der an Aussgetretenen Unterstützungen nicht mehr so hoch ist wie in den letzten drei Jahren. Möglich ist das, wenn alle Kollegen sich ernstlich bemühen, die Wahlen enden und dann tatsächlich davon zu überzeugen, daß sie sich selbst schädigen, wenn sie wieder zum Indifferenzkampf zurückkehren. Nicht zuletzt aber mögen sie ihnen sagen, daß es töricht unmoralisch ist, die Kasse des Verbandes erst ausbeuten und dann davonlaufen.

Was der Arbeiterbewegung.

Vereinbarungen zwischen dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder).

Seit einer Reihe von Jahren haben sich hervorragende Sozialpolitiker bemüht, die scharfe Kampfstellung zwischen beiden Organisationsrichtungen zu mildern und ein besseres Verhältnis zwischen den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften herbeizuführen. Mehrere Verhandlungen der beteiligten Parteien zeitigten das Ergebnis, daß jede Organisation ihre absolute Schrankenlosigkeit zu wahren habe, in taktischen Fragen aber bei Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen etc. gemeinsame Richtlinien festzulegen.

Maßgebend war der Gedanke, daß trotz aller Gegensätze zwischen beiden Organisationsrichtungen in grundästhetischer und organisatorischer Beziehung auch noch viele gemeinsame Führungspunkte sozialer, sozialwirtschaftlicher und nationaler Art vorhanden seien. Vor allem die territorialen Monopolstreben sozialdemokratischer Verbände auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes; deren Ausschaltungsbemühungen bei Abschließung von Tarifen und Verhandlungen bei Lohnkämpfen machen eine gemeinsame Waffe im Interesse der Mitglieder beider Organisationen erforderlich. Nach mehreren Verhandlungen konnten von den Hauptvertretern beider Verbände auf einer Konferenz in Berliner Folgerungen getroffen werden, welche wir hiermit unseren Kollegen zur Kenntnis bringen. Dieselben haben folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Vereinbarungen, welche die Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften getroffen haben, werden zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und dem Gewerksverein der

Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) nachfolgende Sonderbestimmungen vereinbart:

1. Im Interesse der Metallarbeiterchaft sollen bei Streiks und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen; besonders bei der einzuschlagenden Taktik, bei Beginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.

2. In Orten und Städten, wo die Mitgliederzahlen der beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Beilegung der Taktik diejenige Organisation das Mitbestimmungsrecht haben, welche die größte Mitgliederzahl aufweist und demgemäß die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch soll auf die Widerheit geschieden Rücksicht genommen werden.

3. Sowohl der beiden Verbände soll dem anderen Teil bei Streiks oder Aussperrungen Schnelligkeiten bereiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Bewegungen, welche größere Dimensionen anzunehmen geeignet sind, sollen sich vorher außer den Bezirksinstanzen die Hauptleitungen beider Verbände verständigen.

4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig erfolgen, und haben die Hauptvertreinde von Fall zu Fall Höhe und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzusetzen.

5. Gegenüber den Ausschaltungsbemühungen gegnerischer Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Interessen- und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.

6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen etc. betreibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten. Angriffe persönlicher oder sachlich verleidender Art sollen sowohl in der mündlichen Agitation, wie in den Verbandsorganen, Aussätzern etc. zwischen beiden Verbänden vermieden werden. Ebenso sind Auseinandersetzungen über grundsätzliche oder taktische Fragen mit parlamentarischem Takt zu führen.

7. Bei Streitfällen mit anderen Organisationen soll entweder wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundschaftliche Hilfeleistung geleistet werden.

8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen wahrt jede Organisation ihre absolute Selbständigkeit, und werden die grundsätzlichen und organisatorischen Unterschiede der Organisationen in keiner Weise berührt. Eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.

9. Jede Organisation kann von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten. Jedoch hat die zurücktretende drei (3) Monate vorher dem andern Teile dieses schriftlich unter Bezugnahme der Urkunde zur Kenntnis zu bringen.

10. Etwaige Differenzen über Richtlinienhaltung der getroffenen Vereinbarungen sollen durch die Hauptvertreinde der beiden Verbände geprüft, und für deren Besetzung Sorge getragen werden.

Vorliegende Vereinbarungen treten mit dem 15. September 1911 in Kraft.

Hannover, den 30. August 1911.

Für den christlichen Metallarbeiterverband

Dr. Weber. Kloft. Hirsch-Dunder.

Für den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder):

W. Gleichauf. Gust. Hartmann. A. Strubel.

Von der sozialen Presse wurde vor einiger Zeit die Mähr verbreitet, als hätten die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften getroffen künstlich der bevorstehenden Reichstagswahl. Wie unzutreffend diese Behauptung ist, beweisen die im Wortlaut vorliegenden Vereinbarungen, worin ausdrücklich festgestellt wurde, daß Einwicklungen auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ausgeschlossen sind. Was das einzelne Mitglied bei Wahlen oder seiner sonstigen Parteitätigkeit zu tun oder zu lassen hat, ist seine Sache und hat außerhalb des Rahmen der Gewerkschaftsorganisation zu erfolgen.

Die getroffenen Vereinbarungen können, wenn von beiden Seiten, Mitgliedern wie Organisationsfunktionären lohal gehalten, sehr zur wirksamen Interessenvertretung der Metallarbeiter beitragen. Auch hierbei kommt es nicht bloß auf den Wortlaut der Vereinbarungen, sondern auf den Geist in welchem dieselben beachtet und durchgeführt werden an.

In der Agitation und der Gewinnung neuer Mitglieder sind keiner Organisation Grenzen gesetzt, sondern die größte Freiheit vorbehalten, auch sollen keine grundsätzlichen Ausschauungen verhindert werden. Aber auf Grund der Vereinbarungen können die Mitglieder beider Organisationen den Terrorismus in den Werkstätten und Arbeitsplätzen gemeinsam und wirkungsvoller entgegneten, als es bisher der Fall war.

Es ist jetzt die Möglichkeit gegeben, daß bei vorkommenden Fällen die christlichen und Hirsch-Dunderschen Kollegen zusammenhalten und so in der Lage sind, ihre Rechte zu verteidigen und sich Gestalt zu verschaffen. Wir brauchen nicht noch besonders zu betonen, daß wir auch in Zukunft alles daran setzen werden, die berechtigten Interessen der Metallarbeiter mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Aber wir müssen es ablehnen, als Nachläufer der sozialdemokratischen Organisation betrachtet zu werden; wir verlangen Gleichberechtigung. Es wird jetzt vom Deutschen Metallarbeiterverband abhängen, ob in Zukunft ein erträglicheres Verhältnis unter den Metallarbeitern herrschen soll als es seither der Fall war.

Ten Kollegen aber sei das Wünsch ein neuer Anfang mit erneuter Kraft und Arbeitsfreudigkeit für die Ausbreitung und Festigung unseres Verbandes zu wünschen.

Auf zu tatkräftiger Werbearbeit!

Tabakarbeiter-Verbandstag.

Unsere Bruderorganisation, der Verband christlicher Tabak- und Zigarettenarbeiter Deutschlands hielt in der Zeit vom 13. bis 16. August seinen vierten Verbandstag in Herford in Westfalen ab. Zu der dem Verbandstage vorangehenden Begrüßungsfeier waren an 800 Tabakarbeiter und christliche Gewerkschaftler anderer Berufe erschienen. Auch die geistlichen und weltlichen Behörden waren statt vertreten. So war der Oberbürgermeister der Stadt Herford, der Landrat von Minden und ein Vertreter des Landrates von Herford erschienen. Außerdem waren die evangelischen Geistlichen Herfords, die christlich- soziale, konservative und die nationalsozialistische Partei vertreten. Herr Dr. Wulff der bekannte warme Freund und Förderer der christlichen Gewerkschaften war ebenfalls anwesend. Als Vertreter des Gewerkschaftsverbandes nahm Kollege Vogelsang an dem Verbandstage teil und nahm verschiedene Reden und Vorträge an.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende, Kollege Cammann erstattete, ist zu entnehmen, daß der Verband in den letzten zwei Jahren große Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl stieg vom Schluß des Jahres 1908 bis Ende des Jahres 1910 von 5385 auf 7210. Nach das erste Wertejahr des Jahres 1911 brachte einen weiteren Anstieg. Das Vermögen stieg bis zum Jahresende auf 77 000 Mark. Der Verband hat also trotz der nach Annahme des Tabaksteuergesetzes gegen ihn unternommenen Gesetze eine überaus günstige Entwicklung genommen. Neben einer systematischen großzügigen Agitationarbeit verdankt er diese Erfolge hauptsächlich der umfangreichen und energischen Vertretung der Interessen seiner Mitglieder während dieser Zeit. Ein besonderes Verdienst hat sich der Verband durch die Erringung einer Unterstützung für die durch die Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter erworben. Diese staatliche Fürsorge ist im wesentlichen auf seine Arbeit zurückzuführen. Aber auch die richtige Durchführung dieses Gesetzes ließ sich der Verband mit allen Kräften angelegen sein.

Trotzdem die zwei abgelaufenen Jahre der Krise nicht besonders günstig für die Führung von Lohnbewegungen waren, gelang es, für 2268 Mitglieder, die an 101 Vereinigungen beteiligt waren, einen Mehrverdienst von über 71 000 M. zu erzielen. 50 dieser Bewegungen wurden vom christlichen Verband allein geführt, während bei weiteren 22 seine Mitglieder die Mehrheit bildeten.

Der Verbandstag nahm ferner die Neuregelung und teilweise Verbesserung des Unterstützungsbesetzungswesens vor. Die zwei unteren Beitragsklassen, 20 Pf. für weibliche und 30 Pf. für männliche Mitglieder wurden insofern allmählich aufzuheben beschlossen, daß keine neuen Mitglieder in diese Klassen aufgenommen werden. Sämtliche Ortsgruppen sind außerdem verpflichtet, in Zukunft einen Solahutssatz von 5 Pf. zu erheben, von dem 90 Prozent zur Besteckung der Agitation in den einzelnen Bezirken abgeliefert werden müssen. Der Titel des Verbandes wurde wie folgt geändert: „Centralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.“ Der Vorsitzende Cammann wurde einstimmig wiedergewählt; außerdem wurden zwei neue Mitglieder aus Westfalen und ein neues aus Baden in den Centralvorstand delegiert. Weiterhin wurden die an der Centrale tätigen Kollegen Möllach und Hartmann wiedergewählt.

Der zweite Verhandlungstag brachte drei wichtige Vorträge. Leber: Tabakindustrie und Tabakarbeiterchaft sprach Kollege Möllach, der Redakteur des Verbandsorgans. Dieses Referat behandelte die gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehenden, berufswirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Fragen, die unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen Interesses zwischen Unternehmer und Arbeiter behandelt wurden. Dieser Vortrag, der eine eingehende Orientierung über verschiedene berufswirtschaftliche Fragen brachte, soll durch die Anregungen der Aussprache ergänzt, weiteren Mitgliederkreisen zugänglich gemacht werden. Leber: Dehverträge in der Zigarettenindustrie sprach Möllsch und über die Agitation unter den Jugendlichen und Arbeitern Eichlaub-Hidelberg. Alles in allem hat der Verbandstag der Tabakarbeiter sehr ergiebige und fruchtbare Arbeit geleistet.

Stumpflose Agitationmethoden.

In einer Versammlung in Durlach am 16. Februar ds. Jg., hatte der Bezirksleiter Vorhölzer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband unseren Bezirksbeamten Kollegen Kuhn-Pförtzheim öffentlich als Schwuler wiederholt beschimpft. Kollege Kuhn hatte ausgesetzt, daß während des mit einer Niederlage beendeten Kampfes in der Pforzheimer Zigarettenfabrik von der sozialdemokratischen Verbandsleitung Deute zum christlichen Verbandsbeamten geschickt worden seien, um der christlichen Organisation eine Falle zu stellen. Das hatte bei Vorhölzer einen Ruckfall und die Beschimpfung ausgelöst.

Kollege Kuhn flagte gegen Vorhölzer wegen Beleidigung und gab u. a. auch den Gewerkschaftsbeamten Pöhler und den Vertrauensmann Schöpfer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband als Beugen an. Vor dem Amtsgericht in Durlach erklärte Vorhölzer, daß die Behauptung Kuhns in so weit zutrete, daß der Gewerkschaftsbeamte Pöhler den Vertrauensmann Schöpfer in der oben angeführten Weise instruiert und auf das Bureau des christlichen Metallarbeiterverbandes gesetzt habe. Er nahm die Bekleidungen, die er gegen Kuhn in der Versammlung getragen hatte, zurück und erklärte sich zur Annahme folgenden Vergleichs bereit:

„In dem am 10. März 1911 vor dem Amtsgericht in Durlach stattgefundenen Sühnetermin kam zwischen den Parteien folgender Vergleich zustande:

S. 1. Der Privatbeschlagte Herr Karl Vorhölzer erklärt, daß er die zum Gegenstand der Privatfrage vom 27. Januar und des Nachtrags vom 22. Februar 1911 gemachten Neuformungen die in den Versammlungen vom 16. und 23. Januar im großen Hof dahinter gefasst sind, sowie dieselben eine persönliche Bekleidung des Privatlagers enthalten, hiermit zurückzunehmen.

S. 2. Beide Teile sind darüber einig, daß mit dem heutigen Vergleich die unter den Parteien bestehenden, sich an die genannten öffentlichen Versammlungen rüttelnden persönlichen Differenzen und Prekärerungen gegenstandslos geworden sind, auch fernher nicht fortgesetzt werden. Doch steht jedem Teil frei, den Wortlaut des heutigen Vergleichs zu veröffentlichen.

S. 3. Der Privatbeschlagte trägt die Kosten des Verfahrens einschließlich der Anwaltskosten.

Der Privatbeschlagte nimmt die erhobene Privatfrage zurück. Ges. Karl Vorhölzer. Ges. Gust. Kuhn.

Der Richter ges. Vorhölzer. Der Gerichtsschreiber ges. Schred.

Ob die sozialdemokratische Presse, die die Verleumdungen gegen Kuhn geläufig weiterverbreitete, nunmehr so anständig ist, auch die vor Gericht festgestellte Wahrheit ihren Lesern mitzuteilen?

Ein gelbes Blatt.

Die gelben Gewerkschaften im Ruhrgebiet haben am 27. August in Essen das dritte Stiftungsfest des nationalen Verbands der Firma Krupp gejagt. Die gelbe und geldliche kapitalistische Presse brachte von der Veranstaltung über schwungvolle Berichte, in denen von 3500 bis 4000 Teilnehmern am Festzuge gebracht wird. In andern Blättern wurde mitgeteilt, daß es nicht viel mehr wie die Hälfte gegebenen seien. Aber wenn auch die erste Angabe stimmen sollte, wäre das noch immer ein lästiges Zeugnis für den Gelbenmut der gelben Gewerkschaften. Der Kruppsche Betrieb will allein eine Mitgliederzahl von 5500 haben, nach dem ältesten gelben Organ („Der Gewerkschafter“ Nr. 22) sollen

aber außerdem noch 29 Brüdervereine am Kampfe teilgenommen haben, sodass die Betriebskampf leidlich gewesen ist.

Höchstens hat die gelbe Bewegung im Aufgebot trotz der Ausprägung durch das Großkapital ein spärliches Ergebnis gezeigt. Abgesehen vielleicht von dem treibhaften geschlitzten Kruppseiten Verein kann man von einem wirklichen Blasphemie der Pläne reden, die von Großkapitalisten nach dieser Richtung hin geschmiedet wurden.

In den gelben Berichten über den Altbund in Essen fehlen bis zum Ende des Krieges nur wenige paritätische Phrasen wieder, sodass keine einzige Worte zur Ansicht gelangen könnten, es gibt in Deutschland keine echt königstreuen, vaterländisch gesinnten Arbeiter außer den Gelben, und daß des Vaterlandes Wohl und Wehe von diesen Vereinen abhängig wäre. — Armes Vaterland, das kleine besseren Sohne und Verteidiger hätte, wie die betroffenen Mitglieder grundsätzlicher Vereinigungen, die ihr schütztes Arbeitserrecht um das zweifelhafte Unsernum sogenannter Wohltaten und augenblicklicher materieller Vorteile preisgeben. Das Vaterland braucht aufrechte Männer, mutige Kämpfer. Mit Kriegern und Helden ist ihm nicht gerecht.

Kundschau.

Ein widersprüchsvolles Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Frage der Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie steht der „Arbeitsmarkt“ in seiner Nr. 11, Jhg. 1911 fest. Zu der vom Deutschen Metallarbeiterverband auf seiner letzten Generalversammlung angenommenen Resolution zur Arbeitsnachfrage meint der „Arbeitsmarkt“:

Diese Resolution enthält einige anerkennende Worte für den öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis, sie gibt aber keinen Anhaltspunkt über den Weg, den der Metallarbeiterverband in der Arbeitsnachfrage zu gehen gedenkt. Von der Geschiebung verspricht sich der Referent wenig Erfolg: der Forderung einer allgemeinen Einführung paritätischer Arbeitsnachweise durch die Gemeindeverwaltungen stand die Versammlung misstrauisch gegenüber, sonst hätte ein diesbezüglicher Zuspanntrag zur Resolution nicht bekämpft und abgelehnt werden können. Was will der Metallarbeiterverband dann eigentlich? Aus den Ausführungen des Referenten und aus seinen angenommenen Resolution hört man vor allem das starke Vertrauen auf die Selbsthilfe der Gewerkschaften heraus. Allgemein scheint man noch zu glauben, der Verband würde schon selbst fertig werden mit den Arbeitgebernachweisen, und er könnte seine eigenen Arbeitsnachweise so ausbauen und kräftigen, daß sie imstande wären, die Arbeitgebernachweise zu verdrängen.

In einem weiteren Artikel bespricht dann der „Arbeitsmarkt“ das Ergebnis der Verhandlungen auf dem Dresden Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften, welches ebenfalls in einer Resolution niedergelegt ist. Sein Urteil lautet hier folgendermaßen:

„In der Resolution wird die Einrichtung öffentlicher, paritätischer Arbeitsnachweise gefordert, also dasselbe, was ein Zuspanntrag zu der Resolution über die Arbeitsvermittlung auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verlangt. Bei den Metallarbeitern wurde diese Forderung bekämpft und der Antrag abgelehnt, auf dem Gewerkschaftskongress aber einstimmig angenommen. Es hat also eine Menge von Metallarbeitern auf dem Gewerkschaftskongress einem Antrag zugestimmt, den sie drei Wochen vorher auf dem eigenen Verbandsstag verworfen hat.“

Es ist daher durchaus berechtigt, wenn der „Arbeitsmarkt“ eine solch widersprüchsvolle Haltung wenig erfreulich und unklar nennt und die Hoffnung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nach eigenen Arbeitsnachweisen mit der Bemerkung abtut, sie liefern den Gegnern der öffentlich-paritätischen Arbeitsvermittlung nur neue Angriffsmöglichkeiten zum Schaden der Sache. Demgegenüber ist es nützlich, auf die klare und klare Stellungnahme unseres Verbandes auf der letzten Generalversammlung zur Frage der Arbeitsvermittlung hinzuweisen. Die unsure Haltung des sozialdemokratischen Verbandes ist uns aber nicht unerklärlich. Spieglet sich doch darin nichts anderes wider als Alleinherrschaftsgelüste, die mit dem eigenen Arbeitsnachweis nur reellen Vollständigkeit gebracht werden sollen. Die führenden glauben zwar selbst nicht mehr, daß dies möglich ist: den Mossen ist's aber in allen Variationen eingebläut worden und um nur den Schein zu wahren, wurde man in Mannheim zum Gauleiter.

Leider „das wirtschaftliche Machtkampfssystem“ bestätigt jemand in Nr. 19 des „Korrepondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen“, welches alle 14 Tage als Bestandteil des „Arbeiter“ (Siz Berlin) erscheint. Auf die albfassenden Argumente dieses Blattes gegen die „Gewerkschaften“ einzugehen, erübrigt sich uns interessiert der Artikel nur infolge, als er aus dem Abbruch des Kampfes auf der Schichauerwerk in Tengen Kapital für die Berliner Ideen sammeln zu können vermeint. Die „Öffentliche Arbeiterzeitung“ hatte gleich uns die Tatsache konstatiert, daß die Arbeiter der Schichauerwerk in Tengen sich während des 20 Wochen währenden Kampfes in stetigem Gefecht gehalten und daß sie beim Abbruch des Kampfes noch angebrochen wie am ersten Tage derselben bestanden.

„Alle,“ so schrieb die „Öffentliche Arbeiterzeitung“ weiter, sind der festen Überzeugung, daß durch dauernde gewerkschaftliche Arbeit die zeitgenössige Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses erreicht werden kann. Den Kampf haben sie seitlich aufgehoben. In ihren Fortsetzungen hatten sie fest, in dem schweren Bereichstein: „Kriegen tun wir nie doch, wenn nicht heute, dann ein ander Mal.“ Einmalig und gegeben, daß der Kampf einen Fortschritt bedeutet.“

Das ist nun dem „Arbeiter“ und seinem „Stahl“ natürlich arg wider den Strich — besonders aber die Ankündigung daß das „arbeite Mal“ Tengen und Süding als zusammengehörig auch gemeinsam vorbereitet werden. Weil er es nun wohl nicht gut als unmittelbar bezeichnen kann, wenn Arbeiter zur Durchsetzung einer Forderung von 3000 und 1800 Stunden dreitig (30) öffentlichen Stundenlohn aufschließlich, nachdem alle anderen Wege verbesert, zum Streik greifen, macht der „Arbeiter“ als Schiedsmittel eine Arturdehung über „strukturelle Nachteile“ eines Kampfes auf. Diese Bedingung des „Arbeiter“ kennt die Gewerkschaft schon zur Genüge aus den selbstlosen und uninteressengesetzlichen Siz-Arbeitern. Der Arbeitsmarkt weichen eben — trotz der schönen Theorie des „Siz Berlin“ — kein wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Schiedsmittel entgegengebracht; sie muss sich folglich erstaunen, vielfach sogar schwer erstaunen: und 12% der Partei 60 000 M. (50 000 M.). Das Brutto-

es ist nur eine Selbstverständlichkeit, daß solche Kämpfe Opfer erfordern. Die Arbeiterkraft weiß aber auch, daß ihr diese Opfer wieder befähigend zugute kommen, wie dies — tropfender Stecknagel am Unternehmer und gelben und „Siz Berlin“ „Arbeiter“ preise — die Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeit beweist. Nur Verteilungseinheit oder Oberflächlichkeit kann den Abbruch des Kampfes in Tengen durch die Arbeiter als „völlige Niederlage“ bezeichnen. Die guten Freunde dieses ehrenvoll bestandenen Kampfes werden wohl kaum lange auf sich warten lassen. Aber, wie wir den „Arbeiter“ kennen, wird er jetzt jede nachträglich eintretende Verbesserung auf den Schichauerwerk lediglich als Erfolg des von ihm empfohlenen „geraden Weges“ (Führung von Haushaltungsbehörden und Postamt) anpreisen. Wie aber, wenn die Arbeiter von „Siz Berlin“ einmal habenter kommen, daß nur dort auf dem „geraden Weg“ etwas für sie mit abfällt, wo die anderen „Streikgewerkschaften“ vor den „Krummen, börgigen Pfad der Arbeit“ eingeschlagen? Ob sie sich dann wohl noch zu der unzähligen „Mittesserrolle“ missbrauchen lassen werden? — Das dürfen wir fröhlich bezweifeln.

* * *

Die Versinkereien der Drahtwalzwerke fallen nicht unter die Bestimmungen der Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie; so entscheid bekanntlich auf eine Beschwerde unseres Verbandes die Kaiserliche Kanzlei im Recht Ansberg. Unser letzter Verbandsrat sah sich daher gewöhnlich eine Resolution zu Gunsten dieser Arbeiter anzunehmen. Die Ausschaffung der Ansberger Behörde wird aber nicht allgemein von den überwachenden Behörden geteilt. Wie aus dem Jahresbericht der bremischen Gewerkschaftsbeamten für 1910 hervorgeht, rechnet die Osnabrücker Gewerkschaft die Versinkereien mit ein in die genannte Bundesratsverordnung. Unsere Kollegen in den anderen Bezirken tun gut, sich gegebenenfalls auf Osnabrück zu berufen.

* * *

Die deutschen Aktiengesellschaften haben im 2. Quartaljahr 1911 nach den Feststellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes um 45 mit einem Grundkapital von 44 276 000 M. zugenommen. Vergleicht man die Gründungen in diesem Quartaljahr mit anderen Quartalsjahren, so ergibt sich folgendes Bild:

	Jan. 1908	1910	1911	1909	1910	1911
1. Quartaljahr	42	39	33	85 065	46 134	48 105
2. Quartaljahr	51	54	45	44 414	61 917	44 276

Hierin steht an Kapital gemessen, das Berichtsdierteljahr hinter allen Quartalsjahren zurück. Von den 45 Gründungen sind 18 Amtshandlungen bereits bestehender Unternehmungen in Aktiengesellschaften. 24 Aktiengesellschaften mit 17 797 000 M. wurden im 2. Quartaljahr 1911 aufgelöst. Dem Konkurs verfielen 9 Gesellschaften mit 4 863 000 Aktienkapital. Ohne Rückfall über Konkurs schieden 10 Aktiengesellschaften mit 32 010 000 M. aus. 9 dieser Gesellschaften gingen eine Verschmelzung mit anderen Aktiengesellschaften ein, das Aktienkapital der aufgesogenen Unternehmen betrug 31 110 000 Mark.

Eine Reihe Gesellschaften nahmen Kapitaländerungen vor. Die Verständnerungen in der Berichtszeit entdecken der Zahl nach mit einem Überschuss von nur 3 gegen 17 Gesellschaften im zweiten Quartaljahr 1910, das Kapital ergab ein weniger von 10 283 000 M., dagegen erstellten die Kapitaländerungen einen Überschuss von 210 174 000 M. gegen 155 433 000 M. i. B. Der Bestand beträgt sich sonach für den 30. Juni d. J. auf 5302 tätige Aktiengesellschaften (15 828 605 000 M. Grundkapital), 306 Gesellschaften mit 362 047 000 M. Kapital sind in der Auflösung begriffen und 71 Gesellschaften mit 68 578 000 M. Kapital befinden sich im Konkurs.

* * *

Aus der Metallindustrie. Die Burbacher Hütte in Saarbrücken schlägt wieder 35 Prozent Dividende vor. — Der Abschluß des Königl. S. S. für Bergbau- und Hüttenbetrieb zeigt für das letzte Geschäftsjahr im Vergleich mit den beiden Vorjahren folgendes Bild:

	1908/09	1909/10	1910/11
Nettoeinnahme	Mit.	Mit.	Mit.
Mühlenheim ohne Vortrag	23 000 601	20 145 934	33 576 297
Mühlenheim mit Vortrag	25 597 300	23 685 412	37 295 059
Abschreibungen	10 856 900	10 888 102	10 970 177
Sonderabschreibungen	1 000 000	2 000 000	1 749 000
Steingeröhr	13 741 101	20 797 310	24 474 882
Dividende in %	9%	15%	15%
Dividende in M.	9 000 000	15 000 000	15 900 000
Kübelagen und Wollsatz	Freude	600 000	400 000
Gewinn-Anteile	901 523	1 5 8 648	1 979 062
Vortrag	3 539 478	3 658 662	6 193 820

Danach hat also das abgelaufene Geschäftsjahr eine Erhöhung des Bruttogewinns um 3 430 463 M. gegen das Vorjahr gebracht. Die vorliegenden Abschreibungen sind nach den bisherigen Ziffern bemessen, übersteigen aber in absoluter Ziffer noch etwas diejenigen des Vorjahrs. Dagegen sind die außerordentlichen Abschreibungen um 210 000 M. niedriger. Mit Einrednung des Vortrag Vorträte dabei der verlässliche Bruttogewinn den vorjährigen um 3 677 570 M. Von diesem Mehr werden bei gleichbleibendem Dividendsatz 900 000 M. für das erlöste Aktienkapital in Anspruch genommen. Ferner sind für Rettung von Gewinnanteilen an die Verwaltung 440 414 M. mehr als im Vorjahr aufzubringen. Überdies ist die vorjährige Rettung von 200 000 M. an die Versorgungsanstalt der Beamten weggefallen. Der Rest des Mehrüberschusses dient zur Erhöhung des Vortrag von 3 658 662 M. auf 6 193 820 M. Dazu kommt die Köln. Btg.: „Doch die Verwaltung das geringe Ergebnis nicht zu einer Erhöhung der Dividende, sondern zur Sicherung der Vorträte und damit zur Erhaltung der zu ihrer Verstärkung bestehenden Mittel verwendet, erscheint bei den bekannten Ziffern der Eisenindustrie verständlich und verdient Anerkennung. Sie liegt das an in vorübergehenden Interessen der ernsthaften Aktiengesellschaften des Königl. Im übrigen läßt der Abschluß im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Königl. in den vorangegangenen Jahren einen weiteren Beleg für die unter der bestreitigen Verwaltung erreichbare voranschreitende Weiterentwicklung des großen Werks wie auch für die Tatsache, daß das

Stück der Kämpfer eine Fortschrittsbedeutet.“

Das ist nun dem „Arbeiter“ und seinem „Stahl“ natürlich arg wider den Strich — besonders aber die Ankündigung daß das „arbeite Mal“ Tengen und Süding als zusammengehörig auch gemeinsam vorbereitet werden. Weil er es nun wohl nicht gut als unmittelbar bezeichnen kann, wenn Arbeiter zur Durchsetzung einer Forderung von 3000 und 1800 Stunden dreitig (30) öffentlichen Stundenlohn aufschließlich, nachdem alle anderen Wege verbesert, zum Streik greifen, macht der „Arbeiter“ als Schiedsmittel eine Arturdehung über „strukturelle Nachteile“ eines Kampfes auf. Diese Bedingung des „Arbeiter“ kennt die Gewerkschaft schon zur Genüge aus den selbstlosen und uninteressengesetzlichen Siz-Arbeitern. Der Arbeitsmarkt weichen eben — trotz der schönen Theorie des „Siz Berlin“ — kein wirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Schiedsmittel entgegengebracht; sie muss sich folglich erstaunen, vielfach sogar schwer erstaunen: und 12% der Partei 60 000 M. (50 000 M.). Das Brutto-

werk Witten erzielte 1910/11 einen Bruttogewinn von 1 380 544 Mark gegen 1 065 074 M. im Vorjahr. Es wurde beschlossen davon 538 451 M. (i. B. 427 973 M.) zu Abschreibungen, 5000 Mark (wie i. B.) als Investition für die Hochöfen-Hüttenwerke, 64 533 M. (42 571 M.) zu Gewinnanteilen, 25 000 Mark (18 000 M.) zu Belohnungen an Beamte und Meister, 15 000 M. (wie i. B.) für die Beamten-Versorgungs- und Witwenkasse, 30 000 M. (24 000 M.) für Arbeiter-Brauerei- und Unterflüchtungszaun, 25 000 M. (0 M.) für Lohnsteuer-Rückstellung, 94 539 M. (82 529 M.) als Vortrag zu verwenden und 9% Dividende von 6 500 000 M. (0% bzw. 5 000 000 M.) verteilen. — Die Werkzeugmaschinenfabrik Geldmeister & Co. in Bielefeld erzielte bei 76 556 M. (i. B. 79 265 M.) Abschreibungen 103 218 M. (93 827 M.) Bruttogewinn. Die Betriebsaufstellung schlägt 8% (7%) Dividende vor. Für das laufende Geschäftsjahr seien Aufträge reichlich vorhanden. — Die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther in Braunschweig schlägt für 1911 eine Dividende von 8% (wie i. B.) vor. Die Abschreibungen betragen 358 176 M. (377 660 M.), der Bruttogewinn 370 552 M. (367 866 M.), der Vortrag auf neue Rechnung 40 584 M. (34 696 M.). — Bei Blohm & Voss, Schiffswerft in Hamburg ergibt sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung nach den Abschreibungen ein Überschuss von 974 655 M., davon erforderliche Versicherungsprämien 51 698 M., Anteilshöfen 360 832 M., soziale Versicherungsbeiträge 240 311 M. Der Meinungswert beträgt 195 809 M., wovon noch 116 964 M. Vortrag kommen, sodass 312 773 M. zur Verfügung stehen, woraus eine Dividende von 4% verteilt werden soll. — Der Siegen-Solinger Gusstahl-Aktienverein, die Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik in Halle und die Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik schließen das letzte Geschäftsjahr mit Verlust ab.

* * *

Der Stand der niederrheinischen Tabakarbeiter-Auspettozung ist unverändert. Die Firma, von der die Bewegung ausgeht, und die bisher mit allen, auch zweifelhaften Mitteln, eine Einigung verhindert hat, ist die Firma Kastan & Göhme in Kalbenkirchen. Sie hatte länglich hinzutrieben, daß entsprechend der Weisung des Fabrikantenverbands die anderen Firmen verhandeln. Nach einer zweiten Weisung ließ man zwar die Ausschüsse rufen, aber man machte fast keine Befürchtungen oder solche, die praktisch keine Bedeutung haben, aber nach außen hin blenden sollen. Die Firma Kastan selbst brachte es sogar noch fertig, Abzüge anzubieten. Nur die Firma Lohmann kam den Arbeitern entgegen. Mit geradezu demonstrativer Einmütigkeit lehnten die Ausschüsse in gehöriger Abstimmung die einer Herausforderung gleichen Angebote ab.

Allerorten nimmt die christliche Arbeiterschaft zu der Aussertung der christl. Tabakarbeiter am Niederrhein Stellung. Die Fabrikanten werden gar bald erkennen müssen, daß sie bei ihrer Rechnung, den christlichen Tabakarbeiterverband zu unterdrücken, die Solidarität und die Energie der christlichen Arbeiter als Konkurrenten vergessen haben. Wo es noch nicht mögen unsere Kollegen allerorten in eine umfassende Auflösungsarbeit eintreten und in allen Versammlungen Stellung nehmen. Es ist besonders gut, wenn durch die Presse oder unmittelbar den Fabrikanten oder deren Vertretern zur Kenntnis gebracht wird, wie die christlichen Arbeiter über das Vorgehen der beteiligten Firmen denken. Besonders wichtig ist, daß die Raucher dahin aufgeklärt werden, von ihrer Eigenschaft, bestimmte Marken Zigaretten oder Tabake zu verlangen, abzukommen. Die christlichen Arbeiter haben z. B. kein Interesse an Tabaken, die von „Arbeitswilligen“ hergestellt werden, wie es bei der Firma Olivenkott-Mers der Fall ist, die außerdem bestimmt erklärt, die christlich-organisierten Arbeiter nicht mehr einzustellen.

* * *

Die gelben Altmosenempfänger machen in den letzten Tagen wieder von sich reden, bezeichnenderweise in der Köln. Btg., die in Arbeiterkreisen auch wohl der „Sleißfletz vom Stein“ genannt wird. In Saarbrücken und Essen feierten die Gelben Feste, und in Dresden hielten sie einen Bundestag ab. Deswegen steht natürlich die Welt nicht still; wir werden auch seine Wette von den gelben Kontinentalkreisen nehmen, wenn sie nicht geradezu habenschwänze aufschlitzen hätten. In Saarbrücken renommierte der gelbe Festsprecher von 6000 Gelben bei Krupp in Essen (Köln. Btg. Nr. 976). In Nr. 948 feierte die Köln. Btg. ausnahmsweise, die Gelben hätten bei Krupp 2593 Facharbeiter, 1908 Hüttenarbeiter, 728 Beamte und 53 Industriearbeiter organisiert. (Stand vom 1. Juli 1911.) Das sind also, abgesehen von Beamten und Invaliden, 4500 — in Saarbrücken leben man, wahrscheinlich um den Burbacher Zwangsmitgliedern Macht zu machen, von 6000. Wer auch die Zahl 4500 muss noch beurteilt werden. Beim Essener Sammum der Gelben wurden im Festzuge, trotzdem nach dem „Werkelein“ noch 29 Brüdervereine daran teilnahmen, knapp 2000 Teilnehmer gezählt.

vor dem Kapital neuen wird. Diese Streitschriften mögen für heute zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Backlogenhäufigkeit genügen.

Unter der Neubertschrift: „Zwei Momentbilder“ veröffentlicht das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, der „Grundstein“, die Zuschrift eines Mitarbeiters, welche das sozialdemokratische Buchdruckerorgan der „Mordponente“ in seiner Nr. 99 seinen Verbandsmitgliedern zur Beachtung empfiehlt. Weil die Zuschrift so wunderbar schön die Situation im roten Lager beleuchtet, so sei sie hier auch wiedergegeben. Sie lautet:

„Vor einigen Wochen hatte ich ein Erlebnis, das vielleicht manchem kaum der Erwähnung wert erscheint, das ich aber trotzdem hier schildern möchte; denn es scheint mir ein wichtiger Beitrag zum Studium der geistigen Bewegungen und Schwierigkeiten des Proletariats zu sein.“

Ich war in einer Versammlung, die für die preußische Wahlrechtsreform demonstrierte. Mehr als 3000 Menschen, Männer und Frauen des arbeitenden Volks, lauschten einem temperamentvollen Vortrage. Wider Erwarten gab es Diskussion. Das Wort hat Gerechte Dr. E. Ein Mann in der Mitte der dreißiger Jahre bestieg das Podium. Kaum wurde sein Kopf über dem Rund des Publikums sichtbar, als ein starker Applaus aufstieß, ein Rufen und Handclatschen, unter dem die Lust erblöhte. Ich war sehr gespannt, was nun folgen würde. Es war nicht erheblich, ein mittelmäßiger Redner und dann eigentlich nur blutleeres Gedrehe mit verunglückten Bildern. Ich erlundigte mich, wer der Dr. E. sei. Ein Rechtsanwalt und seit etwa sechs Jahren Mitglied der Partei, seit ungefähr zwei Jahren auch Stadtverordneter. Eine schnell erworbene Popularität, musste ich denken, und als ich dann im Strom der Menschenmassen auf die Straße trüb, da fiel mir mitten im Gedränge ein anderes Erlebnis ein. Das liegt jetzt gerade zwei Jahre zurück und spielt sich in der gleichen Gegend, wenn auch nicht in dem gleichen Saale, ab.

Eine Aussperrung von etwa 6000 Arbeitern sollte nach elendiger Tauer beendet werden. Das Resultat des Kampfes war eine Lohnherhöhung von 5 Pf. die daneben geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf weniger als neun Stunden war nicht erreicht worden. Nun sollte die Versammlung der Ausgesperrten über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge entscheiden. Der große Saal war gerüstet voll. Der Sekretär der örtlichen Verwaltung stellte den Bericht vor. Man hörte ihm ruhig zu; mit hin und wieder ein harmloser Zutritt, sonst war alles lauschende Aufmerksamkeit, bis dicht vor dem Schlusse des Berichts, als der Sekretär seine Meldung aussprach, daß man gut tue, den Vorschlag anzunehmen, erst vereinzelte Proteste, dann stürmische Unruhen anhoben. Als der Sekretär geendet hatte, dauerte es einige Minuten, ehe wieder Ruhe eintrat. Dann wollte der Verbandsvorsitzende sprechen. Der Name tut hier garnichts zur Sache. Es war einer der bekanntesten und tüchtigsten Gewerkschaftsführer, ein Mann, der mit Recht den Ruf unermüdlicher Pflichttreue genieht. Nebenbei auch ein dankender Redner „Kollege Y. hat das Wort!“ Kaum hatte sich der Verbandsvorsitzende erhoben, als ein mit Pfeifen durchsetzter Sturm begann. Schreie und heidnige Schreie scholl aus dem Saal zur Wahrheit heraus. Endlich legte sich der Sturm. Der Vorsitzende konnte reden und schließlich nahm man nahezu einstimmig die Vorschläge an.

Also, diese zwei Momentbilder beschäftigten mich so, daß ich sie niederschreiben mußte. Vielleicht ist es ein Fehler, sie abzudrucken; aber das mag die Redaktion entscheiden. Ich frage mich nur dies: wie erklärt sich das verschiedene Verhalten der organisierten Arbeiter in diesen beiden Fällen? Der eine Redner hat seit sechs Jahren gearbeitet und er wird sofort bei seinem Auftreten mit Beifall überschüttet, der andere hat seit 25 Jahren gearbeitet, hat an letzter Stelle eine große Organisation mit aufgebaut, hat die Bewegung seiner Berufskollegen wie kein zweiter gefördert und als er zu ihnen in erster Stunde reden wollte, ermutigen ihn Rednerungen. Sind diese Erlebnisse nicht des Nachdenkens wert?“

Die Zuschrift spricht mehr als Wunde über die „Erfolge“ der sozialdemokratischen „Erziehungsarbeit“. * * *

An der sozialdemokratischen „Friedenskundgebung“ im Treptower Park sollen nach dem Vorwärts 200 000 Genossen und Genossinnen teilgenommen haben. Tatsache: Beobachtung unrichtig ist, beweist ein einfaches Rechenexample, das jetzt in der Germania aufgemacht wird. Danach misst der Verhandlungsort im Treptower Park 63 000 Quadratmeter. Rechnet man nur auf jedem Teetisch $\frac{1}{4}$ Quadratmeter, so kommen rund 80 000 Personen heraus. Nun war aber der Platz auch nicht annähernd besetzt. Ganze Gruppen lagen öffentlichen Befraglich ausgestreckt zum Schlaf; andere Gruppen konnten, ohne sich aufzulösen und ohne sich zu drängen, über das ganze Feld promenieren. Die Mitte der Biese war überhaupt beinahe menschenleer. Es steht also fest, daß nur ein Bruchteil von 80 000 die Teilnehmer als richtig trifft, und es bleibt dabei, daß der Appell des Vorwärts an die Hunderttausende ein Fiasko erütteln hat. Die sozialdemokratische Presse ist diesen Feststellungen negativer ziemlich kleinlaut. Sie schweigt sie einfach tot.

Streiks und Lohabewegungen.

Erster. Inzwischen der Klempner und Installateure dauert nun schon 14 Tage. Die Kollegen sind sämtlich voll Mut und Überzeugung: daran daß ihr Kampf voll berechtigt, nicht schon aus folgendem Rätsel zur Kenntnis hervor: Die Löhne standen hier für Gesellen im Alter von 18 bis 20 Jahren auf 20 bis 20,5 Pfennig die Stunde; vom 20. bis 22. Lebensjahr wurden bezahlt 30 bis 30,5 Pf., vom 22. bis 24. Lebensjahr 37,5 Pf. und nach dem 24. Lebensjahr 43,6 Pf. pro Stunde im Durchschnitt. Nur ganz wenige Gesellen haben einen Stundenlohn von 45 bis 50 Pf. In dem eingereichten Tarifvertrag werden fast der angeführten bisherigen Stundenlöhne von 33, 40, 45 und 50 Pf. gefordert. Die Herren Meister haben denn auch inzwischen schon zugegeben, daß diese Löhne nicht übertrieben sind und von ihnen bestätigt werden können. In den Verhandlungen mehrester Meister mit unserem Bezirksleiter in vergangener Woche wurden von diesen die geforderten Löhne bestätigt und auch die Organisation anerkannt. Am nächsten Tage aber schon erklärten die Herren, zwar die Löhne zahlen und einen Tarif abschließen zu wollen, aber — die Gesellen müßten aus dem christlichen Metallarbeiterverband austreten, weil sie Herren in den Werkstätten bleiben wollten. (!!!)

Man greift ja an den Nasen, wenn man das liest und fragt sich, wie denn Sandowkomitee im 20. Jahrhundert

ihren Gesellen noch so etwas zunutzen können. Die Gesellen wissen nur zu gut, daß ihnen der schönste papistische Tarif ganz und gar nichts nützt, wenn ihnen die Organisation fehlt, die eventl. für die wirkliche Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen sorgt. Sind die Meister aber ehrlich genügt, die materiellen Zugeständnisse zu halten, so liegt für sie wirklich kein Grund vor, ihren Gesellen eines der elementarsten Menschenrechte, das Koalitionsrecht, zu versagen. Die Gesellen sind jedenfalls nicht gewillt, ihr Koalitionsrecht weiszugeben. Der Kampf geht also weiter. Zugang nach Trier ist streng fernzuhalten. * * *

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Post'arte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Schloss-Holte. Auf der „Holter Elsenblätte“ (Anh. Nr. H. Tenne) stehen die Arbeiter im Streik. Ruum von Geschäftsmännern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern fernzuhalten.

Menden-Wöperde. Die Fraktimenter, Drahtzieher, (Grob- und Feinmaul) und die Metalldrucker der Firma „Neuwalzwerk“ stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten. **Ciegen.** Über die Ciegener Altennesselschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei ist die Sperr verhängt.

Willingen. (Anh. Nees). Auf dem Buddels- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Missständen im Streik. Zugang von Buddlern und Walzwerksarbeitern ist fernzuhalten.

Mehndt. Über die Firma Max Schorch ist die Sperr verhängt.

Dortmund-Annen. Über die Gleicherel der Firma Krupp in Annen wurde wegen raucofer Behandlung der former und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperr verhängt.

Köln. Die Elektromontiere stehen im Streik. Zugang fernzuhalten.

Barmen-Eversfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schwellm. Bei der Firma Schubel stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abstellung von Missständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Hagen. Die Klempner- und Installationsgehilfen stehen in einer Tarifbewegung.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik.

Düsseldorf. In den Maschinenfabriken und Eisengießereien bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streik. Ehe Bureliende brieselbst Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

W. Gladbach. Die Firma Scheldt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisenacherel, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Wieppen. Die Wieppener Eisenblätte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Schwäb. Gmünd. Über die Eisenacherel und Maschinenfabrik Alz und Schweizer ist die Sperr verhängt. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Flachsen. Bei der Firma Jacques Piedboeuf stehen die Oberhauptmontierte im Streik. Zugang auch nach Düsseldorf, ist fernzuhalten.

Trier. Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Zugang von Klempnern, Installateuren und Schlossern ist fernzuhalten.

Twistringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgetrocknet. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Gessentkirchen. Die Firma Böder u. Co. ist für Werkzeugloßer gesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Besauftmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. Septbr. 1911 der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. September 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Schwäb. Gmünd erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lohnbeitrages von 15 Pf. und die Ortsverwaltung Merzweiler die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von 10 Pf. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat die Entziehung der Rechte zur Folge.

Brandenburg. Das Mittelblatt Nr. 128735, ausgestellt auf den Namen Bruno Schröder, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Nur dem Verbandsgebiet.

Altendorf. In einer eindrucksvollen, gewaltigen Kundgebung gefielte sich der am Sonntag von den christlich-nationalen Gewerkschaften des Kreises Schwellm veranstaltete christlich-nationalen Arbeitertag. Weit über 1200 Personen waren zusammengekommen und hatten in Masse Ausstellung genommen. Von dort ging es in geordnetem Zuge zum Schützenhof des Herrn Leeser in Altendorf, dessen Hause die herbeigeeilten Scharen nicht zu fassen vermochten, die meisten mußten sich mit dem Wasserhahn in den Endace beginnen. Am Ende

sich selbst eröffnete Kollege Wintgens-Schwellm die imposante Kundgebung, indem er den Zweck derselben kennzeichnete und die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Geistlichkeit, und die Redner des Tages, die Kollegen Redakteur Joos-W. Gladbach und Gewerkschaftssekretär Oberbossel-Gielesfeld, begrüßte. Der Posauenhörer Schwellm intoniert den Begrüßungsmarsch, dem dann die Gesangabteilung des katholischen Gewerkschaftsvereins Schwellm das prächtig gesungene Lied: „Waldandacht“ folgen ließ. Die Versammlung mußte hierauf zwecks Entgegennahme der Referate geteilt und eine besondere Paroleversammlung im Freien angelegt werden. Im Saale sprach Kollege Joos. Dieser führte u. a. aus, daß die deutsche Industrie berufsständige Arbeiter haben müsse, Arbeiter, die gewissermaßen mit dem Werkzeug geboren würden, die in ihrem Berufe lebten und strebten. Nur dann sei es möglich, der deutschen Industrie ihre gegenwärtige Stellung zu erhalten. Der Arbeiter hat doch auch ein Recht, darnach zu streben, daß die Verhältnisse im wirtschaftlichen Leben geordnet werden; daß er auch mit Lust und Liebe in der Industrie tätig sein könne, daß er seine Beschäftigung nicht nur als dumpfen, unangenehmen Zweck, der schwer auf ihn laste, empfinden müsse. Die Arbeitgeber, die sich dem Streben der Arbeiter nach der Richtung hindrin in den Weg stellen und sie durch den Zwang des eisernen Mühs, oder aber durch die „goldenen“ Sklaventexte sogenannter Wohlfahrtseinrichtungen zu fesseln versuchten, verkannten ganz, daß Berufstüchtigkeit und Berufssfreudigkeit sich nur auf dem Boden der Freiheit zu entwickeln vermöchten. Nur der freie Mann habe ein Recht schaffen können, wie es das deutsche sei; und nur der freie deutsche Arbeiter werde dem Lande seine Machstellung in wirtschaftlicher Hinsicht erhalten können.

Leider gebe es ja einen Teil der Arbeiterschaft, der in diesem an und für sich berechtigten Streben nach Besserung der Verhältnisse falsche Wege eingeschlagen hätte, der auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Demgegenüber stände die christliche Arbeiterschaft auf dem Boden der Gewerkschaftsarbeit, sie betrachte den Arbeiter nicht unter allen Umständen als Feind, der unabdingt vernichtet werden müsse, sondern als einen notwendigen Faktor im Volkswirtschaftsleben. Der eine könnte nicht ohne den anderen fertig werden, beide sind aufeinander angewiesen. Unser gutes Recht sei es deswegen, nach der Anerkennung der Gleichberechtigung zu ringen, die bislang verweigert wurde. Unsere Arbeiterbewegung nenne sich weiter national. Im Gegensatz zur vaterlandseindischen Sozialdemokratie, die sage, „der Proletariat hat kein Vaterland“, ständen die christlich-nationalen Arbeiter auf dem Standpunkte, den der Tischler so herlich schilderte: „Uns Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem gauzen Herzen, hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.“

Der Arbeiter sei eben nicht nur Arbeiter, sondern auch Staatsbürger, stehe aus Grund dessen mitten im Volksleben und sei nicht umstehen, ohne sich selbst zu schädigen, sich aus der Volkgemeinschaft auszuschließen, sich vor ihr abzuwenden. Gerade der Arbeiter habe ein Interesse an einer starken, nüchternen Reichsregierung. Deutschland sei allenthalts umschlossen von Riesenreichen, wie England, Amerika, China usw. und würde wohl zwischen diesen zerstört werden, wenn die Reichsregierung versage und nicht mit starker Hand die wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes schütze. Die deutsche Industrie würde der gewaltigen Konkurrenz des Auslandes unterliegen, wenn leidens der Regierung nicht besondere gesetzgeberische Maßnahmen getroffen würden. So sei der deutsche Arbeiter am Reiche, an seinem Vaterland interessiert und es sei ein Brandmal, eine Schmach, daß es gerade bei uns 4 Millionen Sozialdemokraten gäbe, die wohl zum größten Teil auf abschbare Zeit für unsere Sache verloren seien. Dennoch dürfe die Arbeit nach der Seite nicht erschaffen. In treuer, opferwilliger Arbeit sollen die Glieder unserer Gesamtbewegung ihre Kräfte einzegen, um unseren Idealen zum Siege zu verhelfen.

Den überzeugenden und begeisterten Ausführungen des Redners folgte brausender Beifall. Gewerkschaftssekretär Kollege Höcker-Gielesberg betonte, daß die Worte des Redners nicht auf sehnigen Boden gefallen seien, sondern neuen Mut, Jugendfrische Begeisterung und vernichtete Arbeitsfreudigkeit in aller Herren ausgelöst hätten. Gemeinsam und treu sollten die Glieder unserer Gesamtbewegung, die konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften zusammenwirken. Nach der Richtung freuen wir uns der Sympathie, die der Besuch der Vertreter der hochwürdigen Geistlichkeit uns beigebracht. Auch die Vertreter der Kommunen, sowie der Herr Gewerbeinspektor von Schwellm hätten herzliche Wünsche bezgl. des Verlauges und Erfolges der Veranstaltung übermittelt und wenn auch Anträge der Gegner darüber nicht unterblieben, die christlichen Arbeiter seien stolz auf diese Begeisterung.

Es nahm nun Herr Pastor Sielemaier das Wort, um persönlich sein warmes Interesse für die christlich-nationalen Arbeiterschaft zu bekunden, Gottes reichsten Segen der Veranstaaltung wünschend. In gleich herzlicher Weise übermittelte Herr Pfarrer Bentler-Schroedel seine Wünsche und ernahmte in zu Herzen gehenden Worten zu treuer, ständiger Arbeit, auch wenn die Gegner noch so sehr gegen uns wüten.

Sämtlichen Rednern dankte Kollege Höcker nun nochmals und bat um die Befolgung aller Anregungen, die heute gegeben worden seien. In Einigkeit wollen wir den großen Kampf durchsetzen, der unsre Zeit durchsetzt und das jüste Gelöbnis ablegen in unverbrüchlicher Treue nach der Richtung hin zu wirken. Dieses Gelöbnis, ein Treue schwur aus den Herzen aller Hunderte, die im Saale zusammengekehrt waren, fand spontan Ausdruck in einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Im Garten verbreitete sich Gewerkschaftssekretär Kollege Oberbossel in ähnlicher Weise über unsere Grundsätze und löste mit seinen Ausführungen gleichfalls zündende Begeisterung aus. Beim Eintritt der Dunkelheit bewegte sich ein imponierender, gewaltiger Zug mit über 1800 Teilnehmern nun unter Fackelbeleuchtung den heimischen Penaten zu, die Herzen aller erfüllt von edler Begeisterung für unsere christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Möge diese d. u. würdige Veranstaltung nun wissen, nachhaltig und segensreich, mögen insbesondere jene, die bislang noch nicht den Weg handen in die einzelnen Korporationen, in die gewerkschaftlichen und konfessionellen, nun mehr jedes Jügern fallen lassen, dann hat der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu Altendorf reiche Früchte getragen.

Lütteldorf. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsräte beschäftigte sich mit den agitatorischen und organisatorischen Begleiterscheinungen der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Ausgeführt wurde, daß in 40 Betrieben mit 4800 Arbeitern die Forderungen der Metallarbeiter durchsetzt seien. Hierdurch hat jeder Arbeiter eine läge-

